Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition: Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 62. **Donnerstag** den 4. Februar 1892. 86. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 25. bis 31. Januar im Argandbrenner bei 150 Litern stündlichem Consum das 18,6fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,444.

Leipzig, am 2. Februar 1892.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Dienstag, den **9. Februar d. J.**, sollen im **Forstrevier Connewitz** von Vormittags 9 Uhr an auf dem Mittelwaldschlage in Abtheilung 17a

ca. 25 rm Eichen-**Nutzscheite**,
- 100 - Eichen-
- 6 - Rüstern- } **Brennscheite**,
u. - 5 - Ellern-

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im Streitholze an der neuen Linie hinter der Stadtwasserkunst bei Connewitz.

Leipzig, am 26. Januar 1892.

Des Raths Forstdeputation.

Nutzholzauction.

Freitag, den **12. Februar** d. Js., sollen von Vormittags 9 Uhr an die auf dem Mittelwaldschlage Abth. 17a im **Connewitzer Revier** ausbereiteten **Nutzhölzer**, als:

ca. 34 Eichen-**Klötze**	von 19—116 cm Mittenst.	u. 2—11,5 m Länge,			
- 52 Hainbuchen-Klötze	- 25—47	- -	- 2—6,5	- -	
- 21 Ahorn-	- - 20—35	- -	- 2,5—7	- -	
- 75 Eichen-	- - 20—48	- -	- 5—11,5	- -	
- 60 Rüstern-	- - 20—58	- -	- 5—11	- -	
- 39 Ellern-	- - 17—47	- -	- 4—12	- -	
- 4 Linden-	- - 29—37	- -	- 4—6,5	- -	

sowie

- 135 **Eichen-**, 10 **Rüstern-** und 8 **Ahorn-Schirrhölzer**,

unter den bei der Auction öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen **Anzahlung an Ort und Stelle** meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage an der neuen Linie hinter der Stadtwasserkunst bei **Connewitz**.

Leipzig, am 2. Februar 1892.

Des Raths Forstdeputation.

Gefunden

oder **als herrenlos** angemeldet resp. abgegeben wurden in der Zeit vom 16. bis 31. Januar 1892 folgende, zum Theil auch schon früher gefundene, aber von verübten Diebstählen herrührende Gegenstände:

ein Geldbetrag von **7 Mark**, **ein Coupon über 15 Mark**, mehrere **Portemonnaies** mit **11 Mark 52 Pf.**, **6 Mark 64 Pf.**, **4 Mark 79 Pf.**, **4 Mark 4 Pf.** und **3 Mark**, sowie mit geringeren Beträgen, zwei Leihhausscheine, ein gravirter **Trauring**, einige andere goldene Ringe, ein Armreif von Emaille, ein goldenes **Medaillon**, ein Packet **Stiefelse**, 2 Paar neue Handschuhe, eine neue Herrenmütze, ein Aktenfutteral von Plüsch, ein Pelzkragen, eine Uniformsmütze der Pferdebahn, 2 verschiedene Schürzen, eine Reisedecke, ein schwarzer **Tuchmantel**, ein Plaidriemen, ein Fußsack, 2 Spazierstöcke, 2 Schirme, ein Rasirmesser, ein französisches Wörterbuch von Wurz, eine Partie Aepfel, ein Blechdreg, eine größere Blechkanne mit Oel, eine Fleischerjacke, ein Packet Säcke mit der Firma „Weiss & Kapplhahn", ein Hanfseil, eine Wagenplane, ein **Kutschwagentritt**, eine Anzahl Schlüssel, 2 verschiedene größere schwarze Hundefelle von vermuthlich gestohlenen Hunden, sowie ein zugelaufener kleiner Hund.

Die unbekannten Eigenthümer dieser **Gegenstände** werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat **rechtzeitig** zu melden, andernfalls darüber **nach** §. 239 des **B. G.-B.** anderweit verfügt werden wird.

Gleichzeitig fordern wir auch **Diejenigen**, welche **während** der Monate October, November und December 1890 Fundgegenstände bei uns abgegeben haben, auf, diese Gegenstände zurückzufordern, andernfalls auch hierüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, den 1. Februar 1892.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Mi.

Sparcasse Liebertwolkwitz.

Unter **Garantie** der **Gemeinde.**
Reserven: 300,634 ℳ 04 ₰.
Sparverkehr im Januar 1892.
1718 Einzahlungen im Betrage von 207,277 ℳ 83 ₰
1944 Rückzahlungen - - - 154,697 - 73 -
Verzinsung der **Einlagen** mit **3½%.**
Expeditionszeit: Montags und **Donnerstags.**
Die **Zweiggeschäftsstelle Stötteritz** expedirt Donnerstags, Nachmittags von 5—7 Uhr.

Die Sparcassenverwaltung.
Dyck.

Bekanntmachung.

Zum **Neubau der Bürgerschule** sollen **folgende Arbeiten** in **öffentlicher Ausschreibung** vergeben werden:

a. die **Glaser-Arbeiten** in **fünf Loosen** und
b. die Anfertigung von **20 Stück schmiedeisernen Kellerfenstergittern.**

Die **Anbietungen** sind **verschlossen** und **mit entsprechender Aufschrift versehen** bis spätestens

Mittwoch, den 10. Februar 1892,
Vormittags 11 Uhr,

im **Stadt-Bauamt** (Rathhaus, Zimmer Nr. 7) einzureichen.

Die **Bedingungen** und **Leistungsverzeichnisse** können im **Schulbaubureau** (Grietgasse 8), Erdgeschoß, eingesehen, bezüglich zu a. gegen Zahlung von 1 ℳ (auch in Briefmarken zuzüglich 20 ₰ Porto) von anwärts bezogen werden.

Ein **Eröffnungstermin** findet **nicht** statt; **auch bleibt es ausdrücklich vorbehalten, sämmtliche Anbietungen abzulehnen.**

Jena, am 31. Januar 1892.

Der Schulvorstand.
Bürgermeister **Singer.**

Zur Lage der inneren Verhältnisse.

Durch die Vorlage **des Gesetzentwurfs** über die preußischen **Volksschulen** und die **Bewegung**, welche sich daraus entwickelt hat, ist Licht über die inneren Verhältnisse des Deutschen **Reiches verbreitet worden**, es hat sich herausgestellt, daß die **breiten Schichten des deutschen Volkes auf ideale Güter höheren** Werth legen als auf materielle. Für diese Wahrnehmung bietet sich ein ganz bestimmter Anhaltspunct in der Vergleichung der Agitation gegen die Getreidezölle mit der heutigen Bewegung. Die Bestrebungen für die zeitweise Aufhebung oder Ermäßigung der Getreidezölle gingen von bestimmten Parteigruppen aus, welche die Getreidezollfrage als Mittel zur Erreichung politischer Zwecke benutzen wollten, die Bewegung war nicht entstanden, sondern künstlich angefacht. Es wurde das Schlagwort „Nothstand" ausgegeben und darauf hin Versammlungen der Freisinnigen und der Socialdemokraten veranstaltet, welche eine ihnen vorgelegte Resolution annahmen. Die ganze Agitation trug einen geschäftsmäßigen Charakter, das Volk im wahren Sinne des Wortes hatte keinen Antheil daran. Irgend eine tiefgehende Erregung war nirgends zu spüren, man wußte, daß ein Nothstand nicht vorhanden war, sondern daß es sich um einen Vorstoß gegen die Schutzzollpolitik handelte. Die Kreise, welche mit der Noth des Lebens zu kämpfen haben, würden auch durch Aufhebung der Getreidezölle in keine wesentlich günstigere Lage kommen. Das war die Empfindung, welche auch da vorherrschte, wo jede Erleichterung der Lebensbedingungen mit Freuden begrüßt wird. Aber es war noch ein anderer Grund vorhanden, welcher ein tiefer gehendes Interesse für die Bewegung nicht aufkommen ließ, und das war das Bewußtsein, daß die in der Schwebe befindlichen Verhandlungen über die Handelsverträge wahrscheinlich erfolglos bleiben würden, wenn die zeitweise Aufhebung oder Herabsetzung der Getreidezölle angeordnet würde.

Graf Caprivi hat diesen Ansinnen unter Zustimmung der nationalliberalen Partei Widerstand geleistet und ist damit keineswegs gegen den Strom geschwommen, wie er sich ausdrückt, denn der Antrag auf Herabsetzung der Getreidezölle ist im Reichstage mit Zweidrittel-Mehrheit abgelehnt worden, und gegen diese Entscheidung haben nur Freisinnige und Socialdemokraten Widerspruch erhoben. Ganz anders liegt die Sache mit der Bewegung gegen den Gesetzentwurf über die **Volksschule**. Liberale beider Gruppen, der gemäßigten wie der radicalen, haben sich mit den Freiconservativen zum Widerstand gegen den Entwurf vereinigt, während die Socialdemokraten neutral bleiben, weil Alles, was mit Religion zusammenhängt, ihnen gleichgültig ist. Die Conservativen stehen nur im preußischen Abgeordnetenhause einmüthig für den Entwurf ein, unter den Wählern der Partei herrscht keineswegs die gleiche Uebereinstimmung, vollständig einverstanden ist nur das Centrum mit dem Entwurf, das wird mit der Zeit immer klarer, auch in der conservativen Partei beginnt sich das nationale Bewußtsein zu regen, der friedericianische Geist ist auch aus diesen Kreisen noch nicht verschwunden, das Stöckerthum fängt an, wenn nicht Alles täuscht, Boden zu verlieren, der Bogen ist zu straff gespannt worden, die Sehne hat sich gelockert. Der deutsche Bürgerstand mit seinen weit greifenden Verbindungen nach allen Seiten, mit seiner Bildung, mit seiner Mäßigung und Genügsamkeit ist eine Macht von großer Bedeutung, welche in Augenblicken der Entscheidung schwer ins Gewicht fällt. Es sind dieselben Kreise, welche dem Rufe des Königs Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1813 Folge leisteten, dieselben, die sich wie eine Windsbraut von Memel bis zu den Alpen erhoben, als Napoleon III. Preußen den Krieg erklärte. Es sind die theuersten Güter der Nation, um deren Erhaltung es sich bei der Organisation der Volksschule handelt, der confessionelle Friede, der geistige Zusammenhang innerhalb der Familie sind gefährdet, wenn dieser Entwurf Gesetz wird, das fühlt der gesammte deutsche Bürgerstand, und deshalb erscheint er vollzählig auf dem Kampfplatze, um gegen den auf ihn gerichteten Angriff Widerstand zu leisten.

Die Zeiten sind vorüber, da sich die Aristokratie dem dritten Stande feindlich gegenüberstellen und auf ihre ererbten Vorrechte pochen konnte, die fortschreitende Entwickelung hat diesen Unterschied nahezu verwischt, heute gilt der Mann in der Hauptsache Das, was er zu leisten im Stande ist, nur das Capital zieht ihm Schranken und hält ihn in Abhängigkeit. Aber gerade weil der Materialismus unserer Zeit den Stempel aufdrückt, ist die Bewegung der Geister, welche der Zedlitz'sche Gesetzentwurf erzeugt hat, um so beachtenswerther, sie zeigt, daß der Tanz um das goldene Kalb doch nicht die allein bestimmende Richtung der Zeitbestrebungen verkörpert, sondern daß die idealen Güter den Werth behauptet haben trotz Sorge und Noth, trotz des harten Kampfes ums Dasein, den die Besten des Volkes durchzukämpfen haben. Für die Ermäßigung der Getreidezölle kann sich das deutsche Bürgerthum in seinem ganzen Umfange und in seinen Hauptvertretern nicht begeistern, durch die Hoffnung darauf kann es nicht aus seiner Ruhe aufgescheucht werden, aber wenn man die geistige Entwickelung seiner Kinder in Fesseln schlagen, wenn man Denk- und Gewissensfreiheit in Gefahr bringen will, dann erhebt sich der ganze Kern des deutschen Volkes, der durch und durch monarchisch gesinnt ist, wie ein Mann und erklärt: „Bis hierher und nicht weiter!"

„Ich nehme das Gute, wo ich es finde", sagt Graf Caprivi, „die Regierung kann sich nicht auf bestimmte Parteien stützen, sie nimmt die Unterstützung ihrer Politik von der Seite, wo sie sich ihr darbietet." Das ist in der Theorie sehr schön, in der Praxis stellt sich die Sache etwas anders. Uns will scheinen, daß die Regierung nicht in der Lage ist, ihre Politik nach eigenen Eingebungen einzurichten, sondern daß sie den Pulsschlag des Volkslebens berücksichtigen muß. Es ist kein Zufall, daß man die Politik populär oder unpopulär, volksthümlich oder nicht volksthümlich nennt, das Volksurtheil von heute ist nicht zu verwechseln mit der aura popularis (der Volksgunst) des Alterthums, die allerdings von Aeußerlichkeiten abhing und sehr wandelbar war, wir gehen auch nicht so weit, den Ausspruch „vox populi, vox Dei" als maßgebend anzuerkennen, aber es giebt eine Volksstimme, welche auf der vorangehenden Entwickelung und auf bestehenden thatsächlichen Verhältnissen beruht, und diese darf von den Regierungen niemals unbeachtet gelassen werden, sonst rächt sich diese Unterlassung schwer, nicht immer gewaltsam wie in den Jahren 1789 und 1848, aber durch Verdrossenheit und Sinken des Vertrauens zu den öffentlichen Zuständen. Die liberale Partei hat allerdings kein verfassungsmäßiges Recht darauf, nicht überstimmt zu werden, aber sie hat ein Recht, daß man sie nicht in die Lage bringt, daß ihre heiligsten Interessen und damit die Interessen des ganzen **Volkes von der Abstimmung einer Volksvertretung abhängig** gemacht werden, die bei dem in Preußen bestehenden Wahlsystem nur ein sehr zweifelhaftes Recht auf diese Bezeichnung hat. Der Verfassungsstaat beruht auf dem Grundsatz, daß die Bevölkerung berufen ist, an der Gesetzgebung mitzuwirken, daß also nur Das Gesetz wird, was ihre Vertreter als für diesen Zweck geeignet erachten. Das Volksschulgesetz ist nicht der Ausdruck der öffentlichen Meinung, sondern das Ergebniß einer Politik, welche die Religion als Mittel zur Bekämpfung der Socialdemokratie benutzen will. Wir haben gegen die Gegenüberstellung von Religion und Socialismus nichts einzuwenden, um so mehr aber gegen die künstliche Steigerung des religiösen Einflusses. Die Religion ist die Frucht des gesammten Volkslebens, sie entwickelt sich aus den Verhältnissen ohne äußeren Zwang. Sobald dieser hinzutritt, kommt ein fremdartiges Wesen in das Volksleben, und das wird durch das Leben um so sicherer verwischt, als das Herz sich gegen jeden gewaltsamen Eingriff in seine Rechte sträubt.

*

Leipzig, 4. Februar.

* Bei dem Kaiser fand vorgestern ein Herrenabend statt, wozu die Staatsminister von Boetticher und von Berlepsch, der Vicеadmiral Hollmann, der Reichsversicherungsamts-Präsident Dr. Bödiker, Reichstagsabgeordneter Freiherr von Stumm und die Geheimräthe Krupp und Schlutow geladen waren. Die Unterhaltung wurde vornehmlich vom Kaiser selbst geführt und dauerte bis ½1 Uhr.

* Der „Nationalzeitung" zufolge fand gestern beim Reichskanzler Grafen v. Caprivi ein Diner statt, wozu auch der Kaiser sein Erscheinen zugesagt hatte.

* Ende dieses Monats werden es fünfundzwanzig Jahre, daß die nationalliberale Partei gegründet wurde. Bekanntlich plant die Centralleitung der Partei die Herausgabe einer Parteigeschichte, ein Unternehmen, welches freudig willkommen zu heißen ist. Indessen rüsten sich auch die localen Vereine der Partei, das Jubiläum festlich zu begehen, oder durch die Herausgabe eines geeigneten Werkes zu feiern. So beabsichtigt der Nationalliberale Verein für das Königreich Sachsen ein von einem Parteigenossen, Herrn Dr. A. Mauß in Dresden, verfaßtes Werk, welches „Ein Vierteljahrhundert Deutscher Gesetzgebung" betitelt ist, herauszugeben. Das Werk soll, auf authentische Quellen gestützt, in kurzgefaßter Zusammenstellung einen Ueberblick über die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und Deutschen Reiches innerhalb der ersten 25 Jahre von 1867—1892 bieten. Die Schrift will in möglichst objectiver Darstellung als ein bequemes politisches Nachschlagebuch über die Einzelheiten der seitherigen deutschen Gesetzgebung nach Inhalt und Entstehung (auch unter Hinweis auf manche bisher noch nicht zu gesetzlicher Entscheidung gelangte politische Fragen) unterrichten. Sie will ferner zu zeigen versuchen, wie die nationalliberale Partei an dem gesetzgeberischen Auf- und Ausbau des Reiches thätig und erfolgreich mitgewirkt hat. Ein genaues Sachregister soll als Wegweiser für die Benutzung des Werkes dienen. Ueber die bisherigen Wahlergebnisse soll ein statistischer Anhang Auskunft geben. Dieses politische Nachschlagebuch füllt entschieden eine Lücke in unserer politischen Literatur aus und darf deshalb willkommen geheißen werden.

* Zum Volksschulgesetz-Entwurf schreibt die „Berliner Börsen-Zeitung":

Man darf es als Pflicht der Presse erachten, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung unausgesetzt auf die Gefahr zu lenken, in der sich unsere Entwickelung befindet, so lange das letzte befreiende Wort in Betreff der Schulgesetz-Vorlage nicht gesprochen wurde. Thatsächlich befinden wir uns jetzt „zwischen den Schlachten" und es droht eine Erschöpfung, eine Art Ermüdung des Interesses einzutreten, wenn die Spannung zu lange anhält, die gefährlich werden könnte. Die stürmische Bewegung, welche dem Einbringen der gedachten Gesetzes-Vorlage folgte, war bei der Regierung, wie der Reichskanzler sagte, nicht erwartet worden. Daß dieser Sturm aber beim Monarchen wie seinen ausführenden Organen einen unverkennbaren Eindruck machte, ist ein erfreuliches Zeichen, welches dazu einlade, das Eisen zu schmieden, so lange es warm ist. Läßt doch auch die Rückschritts-Partei es an sophistischen Ausführungen, welche irre führen sollen, nicht fehlen.

* Aus Gotha, 3. Februar, wird uns geschrieben: Der unserem Landtage zugegangene Gesetzentwurf über die Abänderung des Volksschulgesetzes enthält hinsichtlich der Schulpflicht im Wesentlichen folgende Begründung: Die vorhandenen Schulgesetze sämmtlicher sächsisch-thüringischer Staaten bestimmen eine für alle Kinder gleiche Dauer der Schulpflicht von 8 Jahren, was im Herzogthum Gotha nicht der Fall ist. Hier sind alle diejenigen Kinder, welche zwischen 1. April und 1. October geboren sind, also etwa die Hälfte, zu einem nur siebenjährigen Schulbesuche verpflichtet, so daß sie lediglich durch die zufällige Lage ihres Geburtstages der anderen Hälfte gegenüber, welche gesetzlich zu achtjährigem Schulbesuche gezwungen sind, ein Jahr der Schulpflichtigkeit ersparen, was den letztgenannten gegenüber als Ungerechtigkeit empfunden wird und was auch dem Unterrichtserfolge nicht zuträglich ist, denn die Lehrpläne für die Volksschule sind mit Rücksicht auf eine achtjährige Cursusdauer entworfen. Im Herzogthum Gotha gelangt mithin etwa die Hälfte der gesammten Volksschulbevölkerung mit einer unfertigen und unabgeschlossenen Bildung zur Schulentlassung. Diese bestehende Ermäßigung der Schulpflicht hat auch nicht selten Angehörige der Nachbarstaaten veranlaßt, durch Ueberführung ihrer Kinder in die Gothaer Volksschule die strengeren Bestimmungen der Heimath zu umgehen, was viele Weiterungen mit den Regierungen der Nachbarstaaten herbeigeführt hat. Namentlich haben Fälle dieser Art mehrfach zu Auseinandersetzungen mit den Coburger Behörden geführt, indem Coburger Mitglieder des Hoftheaters und der Capelle, welche alljährlich zu Neujahr nach Gotha übersiedeln, durch Einführung von Kindern in der Gothaer Volksschule auf nur ein Vierteljahr das betreffende Gesetz ihrer Heimath mit Erfolg umgangen haben. Es muß deshalb hierin Wandel geschaffen werden.

* Im österreichischen Abgeordnetenhaus beantwortete Ministerpräsident Graf Taaffe gestern die Interpellation, betreffend die Einwanderung russischer Juden, und stellte zunächst fest, die bestehenden Gesetze reichten zur Verhinderung einer bedenklichen Einwanderung aus. Die Behörden an der russischen Grenze seien angewiesen, dem Eindringen subsistenzloser und paßloser russischer Juden entgegenzutreten, daher verzeichneten auch die neuesten Berichte eine nicht unbedeutende Abnahme der Einwanderung. Diejenigen Einwanderer, welche nicht die Richtung nach Amerika einschlagen, würden zur Rückreise und zwar auf Kosten des Hilfscomités der Alliance israelite angehalten. Irgendwie bedenkliche Ansiedelungen hätten bisher nicht stattgefunden und seien auch angesichts der gesetzlich gegebenen Möglichkeit jederzeitiger Abschaffung künftig nicht zu besorgen.

* Plener richtete an seine Parteifreunde ein Schreiben, in welchem er anzeigt, ihm sei die Stelle eines Präsidenten des gemeinsamen Rechnungshofes unter nicht annehmbaren Bedingungen angeboten worden. Er ziehe deshalb vor, seiner Partei und dem Parlamente treu zu bleiben. Die Annahme einer Ehrendotation lehne er ab. Plener hofft, daß durch diesen Schritt alle Mißstände beseitigt werden, welche zwischen ihm und der Partei bestehen.

* Der 1. Februar wird in einem Artikel des „Journal des Débats" als eines der merkwürdigen Daten der wirthschaftlichen Geschichte unserer Zeit bezeichnet. In Bezug auf die französische Handelspolitik äußert sich dieser Artikel sehr wenig hoffnungsvoll. „Hoffen wir nur", heißt es am Schlusse, „daß die Consequenzen nicht allzu grausam seien, daß das Glück und der Einfluß unseres Landes nicht in unheilbarer Weise betroffen werden, und daß die unvermeidliche Reaction nicht allzu lange auf sich warten lasse." Die vorgestern eingetroffenen französischen Blätter setzen ihre Berichte über die Vorgänge an den französischen Grenzstationen und in den Häfen unmittelbar vor dem 1. Februar fort. Im letzten Tage, der in der spanischen Grenzstation Pal-Bou vor Thorschluß anlangte, befanden sich Waggons mit mehr als hunderttausend Flaschen Champagner und ebenso vielen Flaschen Vichy-Wasser. Im Hafen von Dünkirchen war die Bewegung geringer, als man geglaubt hatte; nur englische Schiffe liefen noch mit fertigen Artikeln ein. Zwei derselben, welche Holzladungen brachten, konnten noch je 12 000 Francs an Zöllen ersparen. In Rouen, so erfährt man weiter, sind Seine aufwärts 255 Fahrzeuge mit 250 000 Tonnen spanischer Weine eingelaufen; in Marseille wiederum wurden am 30. und 31. Januar 17 000 Francs nur für die statistische Abgabe eingenommen, welche zu 10 Centimes per Tonne gewöhnlicher Waaren und per Frachtstück feiner Waaren berechnet wird. Im Hafen von Pauillac (Bordeaux) konnte der aus Fiume kommende österreichische Dampfer „Agaster" noch wenige Minuten vor 6 Uhr Abends sein Ziel erreichen. Wenn er verspätet worden wäre, so hätten die Waaren, die er an Bord hat, um 150 000 Frcs. mehr an Zöllen zu entrichten gehabt.

* Ribot empfing gestern Vormittag die Doctoren Brouardel und Proust, welche über die Arbeiten der Sanitätsconferenz in Venedig Bericht erstatteten. Dieselben sprachen die Ansicht aus, daß die vorhandenen Schwierigkeiten, welche England verhindern, den französischen Vorschlägen zuzustimmen, demnächst beseitigt werden würden.

* In Rom hat der Verleumdungsproceß des Monsignore Amalfitanos gegen den Cardinal Oreglia gestern begonnen. Nachdem die Vertreter des privat Betheiligten auf die Vernehmung mehrerer erkrankter Zeugen, sowie zweier nicht vorgeladener Cardinäle nicht verzichteten, wurde die Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

* Die Verschärfung des Paßwesens im russischen Grenzbezirk, welche den Aufenthalt von Ausländern in den Grenzorten ohne besonderen Erlaubnißschein auf zwölf Stunden beschränkt, scheint in Zusammenhang mit den jüngsten Maßnahmen der preußischen Behörden zu stehen, welche das Ueberschreiten des zweimeiligen Grenzrayons den russischen Grenzbewohnern ohne Paß untersagt. Die Schädigung des Verkehrs ist eine gegenseitige.

* Der Generalgouverneur von Kreta, Mahmud Dschellaleddin Pascha, bemüht sich redlich, eine bessere Wirthschaft auf der Insel einzuführen, doch dürften seine Bemühungen schwerlich von Erfolg gekrönt sein. Die Justiz war unter der autonomen Verwaltung christlicher Gouverneure und eines Parlaments corrupter, als zu der Zeit, wo nur türkische Kadis Recht sprachen; die zu öffentlichen Bauten, für Straßen und Brücken bewilligten Gelder wurden verschleppt und verschleudert, es war stets eine ganz „griechische Wirthschaft". Darum vielleicht wünschte der christliche Theil der Bewohner den Anschluß an das Königreich. Jetzt hat der Generalgouverneur ein Rundschreiben an die Unterrichtsbehörden der Insel erlassen, in denen er klagt, daß die für den öffentlichen Unterricht bestimmten Gelder nicht zweckentsprechend verwendet werden, namentlich wünscht er eine unparteiische Berücksichtigung des mohammedanischen wie des christlichen Elements.

Militairisches.

* Die Eisengießerei von J. C. Braun in Reichenbach ist seit einiger Zeit mit der Bearbeitung von Granaten für die deutsche Armee beschäftigt. Diese Granaten sind nach einem neueren Verfahren hergestellt. Dieselben werden im Mannesmann-Werk zu Siegen aus Gußstahl gewalzt und in Reichenbach ausgebohrt und geärbt. Die weitere Behandlung findet in den Artilleriewerkstätten zu Spandau statt. Die aus Gußstahl gewalzten Granaten haben vor den früheren aus diesem Gußstahl hergestellten Granaten den Vortheil, daß sie beim Explodiren nicht, wie jene, nur in mehrere große Eisenstücke zersprungen und meist nur schwere oder tödtliche Verwundungen hervorbringen, sondern in viele kleine Theile springen und auf diese Weise vermöge der größeren Streuung zwar zahlreicher, aber weniger tödtliche Verletzungen verursachen.

Socialpolitisches.

* Gegenwärtig ist die Mehrzahl derjenigen Arbeitgeber, welche Fabriken besitzen, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, damit beschäftigt, ihre Arbeitsordnungen den in der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 getroffenen Vorschriften anzupassen. Der auf die Arbeitsordnungen bezügliche Theil der Novelle tritt am 1. April d. J. in Kraft. Die Arbeitsordnungen müssen spätestens 4 Wochen nach diesem Termine, also am 28. April, in der durch das Gesetz vorgeschriebenen Form erlassen sein. Der Erlaß erfolgt durch Anschlag. Es ist jedoch zu beachten, daß der Erlaß und der Beginn der Wirksamkeit der Arbeitsordnungen nicht zusammenfallen. Die Arbeitsordnungen erreichen nämlich erst zwei Wochen nach ihrem Erlaß Gültigkeit. Das